

Abend-Ausgabe.
Halle, Sonnabend, den 26. Juli.
1919.

Zeitung

Dreißigundfünfzigster Jahrgang.

Im Falle monatlich bei postamtlicher
Bestellung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 4.00 Mark
ausnahmsl. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummern 15 Pf. Bestellungen werden
von allen Buchhandlungen angenom-
men. Im amtlichen Zeitungserwerb-
schluß unter Code-Zeitung eingetrag-
en. Für unerlangt eingegange-
ne Manuskripte wird keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe, Code-Zeitung ge-
stattet. Ferner der Geschäftsleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142
u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 11339
Postfach-Roma Leipzig Nr. 4600.

Nr. 346.

Halle, Sonnabend, den 26. Juli.

1919.

Die päpstlichen Friedensbemühungen.

Sensationelle Veröffentlichung eines Schreibens des apostolischen Nuntius in München an den Reichskanzler Michaelis. — Fortsetzung der erregten Debatte in der Nationalversammlung.

Die Friedensbemühungen des Papstes.

WTB. Weimar, 26. Juli. Die Blätter veröffentlichen das Schreiben des apostolischen Nuntius in München an den Reichskanzler Dr. Michaelis. Dem Brief wird die Absicht eines Telegrammes des englischen Botschafters beim Vatikan an den Kardinalstaatssekretär betraut, dessen Inhalt sich, wie der Erzbischof schreibt, die französische Regierung angeschlossen hat. Der Bischof hat das Bestreben des Kardinalstaatssekretärs hervor, die Bemühungen zur Erreichung des Friedens fortzusetzen und führt dann fort: Es gewinnt mich sehr zuversichtlich, die Aufmerksamkeit Erzes. Exzellenz in besonderer Weise auf den Punkt hinzulenken, welcher sich auf Belgien bezieht und zu erreichen:

- 1. Eine bestimmte Erklärung über die Absichten der französischen Regierung bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und der Entschädigung für den an Belgien durch den Krieg verursachten Schaden.
2. Eine gleichfalls bestimmte Angabe der Garantien für politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit, welche Deutschland verlangt. Sei diese Erklärung verbindlich, so meine ich, daß eine bedeutendere Sicherheit zur weiteren Entwicklung der Verhandlungen gemacht würde.
Zeitlich hat der erwähnte Botschafter von Großbritannien seine Regierung bereits verständigt, daß der heilige Stuhl auf die im angegebenen Telegramm enthaltenen Mitteilungen antworten wird, sobald er seinerseits durch meine Vermittlung die Antwort der französischen Regierung erhalten haben wird.

Der Erzbischof schließt: Eure Exzellenz wird sich an Herzliche Absichten um das Vaterland und die Menschlichkeit erwerben, wenn mit einer verständlichen Antwort der gute Fortgang der Friedensunterhandlungen erleichtert wird.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 26. Juli. 67. Sitzung. Am Regierungstisch: Bauer, Müller, Dr. David, Roste. Präsident Reith. Nach eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Die Besprechung der

Erklärung der Reichsregierung

in Verbindung mit der Besprechung der Interpellationen betreffend den Vandalenverbrechen wird fortgesetzt. Präsident Reithenbach: Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich mitzuteilen, daß folgender Antrag Loebes (Soz.) zur Beratung der Erklärung der Reichsregierung eingegangen ist: Die Nationalversammlung wolle beschließen:

- 1. Die erste Beratung des Gesetzentwurfes über den Staatsgerichtshof mit der gegenwärtigen politischen Debatte zu verbinden.
2. Die Rede des Herrn Reichsministers Erzberger vom 26. Juli und des Herrn Ministers des Innern vom 24. Juli auf Kosten des Reiches im deutschen Volke zu bereiten.
3. Alle Protokolle der vertraulichen Sitzungen des Sachverständigenausschusses des Reiches, sowie die der Regierung bekannt gemachten Dokumente über die Entstehung und Fortführung des Krieges zu veröffentlichen.

Hg. Reue (Soz.): Meine Fraktion hat sich gestern Abend mit den Enthüllungen, die der Reichsminister Erzberger gestern vortrug, beschäftigt, die für unsere Fraktion eine große und schmerzliche Niedertrachtung gewesen sind. Wir bitten Sie noch am Schluß dieser Debatte zu beschließen, daß diese Aufklärungen dem ganzen deutschen Volke in vollem Umfange zugänglich gemacht werden. Wir bitten weiter mit dieser Beratung auch sofort die Beratung über den Staatsgerichtshof zu verbinden, dessen weitere Verwirklichung in der Kommission wir uns vorbehalten. Wir glauben, das damit die Weigerung noch nicht erledigt sind, die sich an die Vorgänge des gestrigen Tages knüpfen (Beifall bei der Soz.).

Hg. Schulz-Dremsberg (D. K.) und Dr. Seinge (D. V.) widersprechen.

Hg. Reue (Soz.): Nach dem die beiden rechtsstehenden Parteien Widerspruch erhoben haben, ist geschäftsordnungsmäßig die Beratung des Staatsgerichtshofes nicht möglich. Diese Feststellung genügt uns (Beifall bei der Soz.). Hieraus tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Hg. Dr. Hugo (N. B.): Die gestrige Rede Erzbergers und der eben gehörte Antrag sollen das deutsche Volk in seinen tiefsten Tiefen aufwachen (Unruhe links, Auf: Auf: Auf: Auf). Nach der gestrigen angewandten Methode selbst man wie unter einem Mörserfall mit irgend welchen Enthüllungen und so wird ein Scheitern im Volke angestrebt, der eine Hilfe daraus macht. (Großer Lärm und anbauende Unruhe links).

Präsident Reithenbach: Bezüglich ist es nach den erregten Vorgängen die Erklärung des Hauses, aber es sollte doch die Geheiß zurückhalten und jedem Gegner eine Ansicht nachtragen lassen. Bieten wir dem Reich das Bild einer ruhigen und guten Beratung.

Hg. Dr. Hugo fortfährt: Eben wir einen objektiven Ausblick

ein, der die uns bewegenden Fragen in durchaus objektiver Weise erschöpft, bestehend aus Diskussion unter einem publizistisch verantwortlichen Juristen, die das Recht haben, alle Auskünfte zu verlangen und jede Erhöhung anzunehmen. Alle parlamentarische Untersuchungsanstalten, nach ein Staatsgerichtshof (am Ende letzten. Ganz einseitig mit Erzberger der Deutschnationalen die Mission vor, daß der Staatsminister in kürzester Zeit den Frieden entfalten konnte, er selbst hat sich anders gedacht. Wie kann er ferner Bethmann-Zollern, Michaelis und Herrina den Deutschnationalen in die Schuhe schieben; der Schade, den die Friedensschlichter anrichtete war, daß sie im Volke den Glauben verlor, daß der Krieg ein reiner, unheilvoller, ausbleibender Clemenceau und die französischen Staatsmänner haben anders gehandelt und jede Friedensbewegung im Volke erklärt aber das Klein, das großen am 12. Mai sprach, überal nur ein Nein d. s. Affekt? Der Reichstag, wenn er es verstanden hätte, hätte eine Nacht gehabt, die kein Kaiser in Deutschland ihn hätte entziehen können.

In der Ausübung dieser Macht haben Sie (Sozialdemokraten) in erster Linie den Reichstag gebildet. Durch Ihre die Vereinbarungspolitik haben Sie die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit auf die Dauer unmöglich gemacht. (Geschrei bei den Sozialdemokraten.) Auch das Zentrum hat durch seine Nichtteilnahme, die es bald zur Mehrheitsbildung nach rechts bald nach links veranlaßte, eine feste Mehrheitsbildung verhindert. Ihr Nichtvorhandensein ist das große kennende Moment gegen einen weltlichen Reichstag im Innern gesehen. Der internationale Geant, mit dem Sie sich verhalten, ist nicht nur auch nach das Zielmotto der äußeren Politik des Ministers Müller. Gerade diese Politik der Welterziehung hat aber zu den katastrophalen Enthüllungen geführt.

Wie wir hier erleben. (Beifall bei Zustimmung rechts.) Man kann nicht verlangen, daß wir den Minister des Innern auf dem Wege der Illusionen setzen. Wir denken nicht an neue Künste und halten es nach Annahme des Friedensvertrages für unsere Pflicht, das soziale Frankreich wieder aufzubauen. Den wirtschaftlichen Aufgaben der Regierung haben wir, obwohl mit dem Fall müssen der Finanzminister begrüßen, doch mit harten Bedenken gegenüber, namentlich hinsichtlich der Sozialisierung der Elektrizitätswerte und der Kohlen. Wir sind ein Telegramm vor, nach dem in Altona sabbatliche Fischbänne liegen sollen, die nicht gelöst werden können, weil die Verteilung der Fische durch den Reichskommissar nicht möglich sind. Wenn wir der Regierung unter Vertrauen nicht aussprechen

Wenn, so beschließen wir nicht eine negative Politik zu treiben. Wir wollen dem Staate geben, was das Staates ist. Das gilt auch für unsere Haltung in der Steuerfrage. Der liberale Gedanke muß aber zur Geltung kommen. (Beifall bei der Soz. und bei den Sozialdemokraten.)

Reichsfinanzminister Schmidt: Es trifft zu, daß eine Reihe von Fischbännen in der See liegen und daß die Fische nicht gefangen werden können. Die Fische werden konzentriert und gehalten um uns zu Zeiten einer weniger reichen Zufuhr zur Verfügung zu haben.

Hg. Janke (N. B.): Wir haben gesagt, daß wir Gegen Erzbergers sind. Aber die Mitreden, die jetzt a. B. Reithenbach in der 'Kreuzzeitung' gegen uns rettet, machen fühlbar. Man will sich rächen an dem Manne, der durch Unterzeichnung des Friedensvertrages den Plan des va banque-Spiels vereitelt und jetzt

schwere Strafen durchzuführen will. Am 22. Juni teilte Roste vertraulich mit, ein Widerspruch sei ausgeschlossen, im Osten könnten vielleicht einige Erfolge erzielt werden, aber dann wäre es bald zu Ende. Die Meinungen vor den Demokraten bis zum Zentrum und den Deutschnationalen hatten es am 22. noch in den Händen, den Frieden zu verbinden. Sie haben es nicht getan, sondern die Regierung zur Unterzeichnung ermuntert.

Mit Ach und Krach wurde der Friede geschlossen, was das ist ein Glück, sonst wären tauende erschlagen worden. Die Wladode hätte Dofar gefordert und

Deutschland wäre zerstört worden. Das ist unverständlicher Verstand. Herr Roste hielt sich konsequent an den besten Mann auf aber im Grunde ist er an beiden Händen gefesselt. (Sehr richtig bei den Unab.) Und die Offiziere erwidern sich eine Frage gegen ihn, wie sie früher einfach unmöglich gewesen wäre. Wie die Mitglieder dieser Friedenskommission die kassierten, das

Wohl gesehen am Himmel. Der Belagerungsbesatzung mit weiter antworteten auf Grund der Berichte von Seiten und weil bekanntem Subjekte, von denen sich die Regierung schon aus Kennlichkeitsgründen fernhalten sollte. (Unruhe bei den Unab.) Eine soziale Reform ist nicht mit einem Schlage durchzuführen. Sie besteht der Wännen Teilhabers. Mitbrannen gegen die Regierung haben die Arbeiter belohnt, weil die nach dem Friedensschluß erwartete Annulla ausgeschlossen ist. (Sehr richtig bei den Unab.)

Bulgarien soll eine Milliarde zahlen! WTB. Weimar, 25. Juli. (Savas.) Seit Erzberger die Friedensverträge mit Bulgarien fest festgesetzt, Bulgarien soll eine Milliarde zahlen, was eine Milliarde bezahnen, monas der geistige Teil den Rumänen und Serben, der Rest den Griechen zufließen soll.

Enthüllungskrieg.

Erzberger wird enttäuscht und er gefüllt sich selbst in der Rolle des aufdeckenden und enthüllenden Ministers, der Verfügung über alle Aktenarchive hat. Mit dem ganzen Temperament, das ihm eigen ist, zog er in Weimar gestern gegen die Deutschnationalen ins Feld. Und man wird sagen dürfen: Er hat noch einmal die ganze Verderbnis der deutschnationalen volkstümlichen Politik aufgedeckt, dieser Politik, die fast 2 Millionen Todesopfer erforderte. Wir sind an sich der Meinung, daß man nicht ohne Not in diesen Fragen rühren soll. Schon mit Rücksicht auf das Ausland sollte man es — immer nach Möglichkeit — unterlassen, Dinge aufzuführen, die stinken. In unserer Notlage haben wir keine Ursache, die Entente immer erneut auf unrichtige zu verbinden, und wir möchten unserer ganzen Wofse so etwas von dem Geiste des englischen Sprichwortes wünschen: 'Recht und Unrecht, es ist mein Vaterland'. Ein Schweigen von diesen Dingen bedingt aber, daß die Sozialisten, die Deutschnationalen und ehemaligen Konserpativen, den Mund halten. Ihre Politik, die uns ins Verderben geführt hat, ist so unendlich bestialisch, daß Schweigen das beste Tun und Lassen ist. Politiker mit solcher Vergangenheit treten, sofern sie ihr Volk mit Verhöhnung und Unfruchtbarkeit versehen, recht gründlich in den Hintergrund. Sie müssen sich sagen, wenn sie nicht von jeder Einsicht verblenden sind, daß derart schuldbeladene Männer ihrem Vaterlande nur einen Dienst leisten, wenn deren Mund für verschlossen bleibt. Was aber erleben wir? Die Führer der Deutschnationalen waren so verbunden, daß sie glaubten ein Recht zu besitzen, allen Männern, die sich seit dem 9. November 1918 Mühe geben, zu retten, was noch zu retten ist, ohne Ausnahme geistliche Vorwürfe zu machen. Sie fannten hier keine Grenze und wußten ihre Leidenschaft nicht zu zügeln. Wir brauchen hier nur an die deutschnationale Plakatfäulen-Politik in Halle zu denken! War es nicht überhört, wie dort Männer begeistert wurden, die von jeder die Politik der Volkserhebung verurteilt hatten, die von jeder für einen Verhöhnungsfrieden eingetreten waren und die jetzt das Volk von dem ihm von deutschnationaler Politik geschlagenen Wunden zu heilen suchten! Eine ganze Schmutzflut wurde aufgewühlt, um jeden Demokraten besser bewerkeln zu können; die Volkseidenschaftsuchte man mit niedrigstem Antisemitismus aufzuwühlen, um die eigenen Sünden zu vergeßen und besser im Trüben fischen zu können. Wir brauchen hier auch nur zu denken an die unglückselige Art, wie der Deutschnationaldemokratische Parteiing in 'Deutschnationalen' Blättern behandelt wurde. Gegenüber einer solchen Politik kann es nur eine Parole geben: Wahrheit und Klarheit! Die Deutschnationalen, die den inneren Frieden nicht wollten, allein sind es, die die Verantwortung dafür zu tragen haben, wenn durch die gestrigen Verhandlungen dem bisher feindlichen Ausland eine große Freude bereitet wurde. An den Auswirkungen ihres Verhaltens zeigt es sich, wie sehr berechtigt es ist, wenn man diesen Radikalismus von rechts auf eine Stufe stellt mit dem von links.

Das Verhalten der Deutschnationalen macht es erforderlich, daß der Staatsgerichtshof baldigst kommt. Eine der dringlichsten Aufgaben der Nationalversammlung sollte es sein, die Vorlage so schnell wie möglich zu verabschieden. Nachdem die deutschnationalen Politiker auf den inneren Frieden ohnehin verzichteten, sollten sie schnellstens vor diesem Staatsgerichtshof erscheinen müssen, um dort für ihre verantwortliche Politik einzustehen, damit das ganze Volk den Wert der deutschnationalen Plakatfäulen-Literatur erkenne. Sie sind es mit ihrer kurzschäftigen Politik geworden, die den Boden für die Revolution vorbereiteten. Ihre Politik der Kriegsverlängerung legte uns enorme Opfer an. Deutschnationale Organe waren es, die jeden für einen minderwertigen Deutschen bezeichneten, der für die Friedensresolution des Reichstages eintrat. Sie sabotierten alle Friedensbestrebungen und verlangten das Gend des Volkes. Es waren keine demokratischen Elemente, die den Vertrag des Grafen Bernstorff beim Kaiser verhinderten, es waren die Stützen der Deutschnationalen! Es war nach Erzberger der Führer der Konserpativen, Graf Beckmann, der da erklärte:

es wäre ganz gleich, wenn Österreich einen Separatfrieden einginge, dann hätten wir es leichter und kämpften allein weiter. Der gleiche Graf Bepko war es, der glaubte, sich mit einem quo ante nicht zufrieden geben zu können. Und endlich waren es auch keine Demokraten, die die neutralen Friedensbestimmungen zum Edelstein brachten. Herr Erzberger hat die Veröffentlichung amtlicher Dokumente angeklagt, die vielleicht weitere Schuldbeweise gegen diejenigen bringen, die den Deutschnationalen nahe stehen oder gar zu ihnen gehören.

Der Entschlüssenkrieg verpricht noch mancherlei Interessantes zu bringen. Die Demokratie kann heute schon sagen: Was dieser Feldzug der Entschlüssen aber auch noch bringen mag, er kann immer nur die Nichtigkeit der demokratischen Politik bestätigen, die gleichwohl gegen alle konservativ-deutschnationalen Tüde auf einen Verständigungsfrieden hinarbeitete und die heute nichts anderes im Auge hat, als unser Volk zur Ruhe zu bringen und mit dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes tatkräftig zu beginnen. Herr Erzberger hat es so zwar gestern fertig bekommen, die deutschnationale Politik einer gründlichen Beleuchtung zu unterziehen, bis ist ihm jedoch nicht gelungen: Zu enträften, was gegen ihn in den letzten Wochen vorgebracht wurde. Die Person Erzbergers ist auch durch den gestrigen Tag nicht um einen Deut sympathischer geworden. C. H.

Pressestimmen zu Erzbergers Rede.

Berlin, 26. Juli. Die gestrigen Ausführungen des Ministers Erzberger haben, wie die „Germania“ schreibt, weit über die persönliche Abwehr hinaus gewirkt. Sie werden und müssen das größte Aufsehen in allen Kreisen des deutschen Volkes hervorzurufen.

Die „Volksztg.“ spricht von einer moralischen Einwirkung der Friedenshändler und sagt: Erzbergers Material war so anmutig und niederschmetternd, daß er Ankläger, Richter und Geschworene zugleich wurde. Er hat nicht mehr und nicht weniger getan als nachgewiesen, daß im August 1917 der Reichskanzler Michaelis den Frieden verhindert hat aus Angst vor der damals allmächtigen Vaterlandspartei und aus Mangel an Mut gegenüber dem Diktator Ludendorff.

Das „Berl. Tageblatt“ meint, Erzberger hat nicht nur erhoben worden, sondern, daß in letzter Zeit gegen ihn erhoben worden sind, aber er wußte sehr geschickt von der Anklage zurückzutreten, um die Rolle des Anklägers zu übernehmen. Man muß ihm dankbar sein, daß er mit fähiger Sachkenntnis in ein Wesen hineingefahren und eine Bewegung im Reine erzwang, die unabwehrbare Folgen haben konnte.

Die „Voss. Ztg.“ schreibt über den Sieg Erzbergers über die Deutschnationalen in demselben Sinne wie die vorgenannten Blätter. Auch der „Dolm.-Anzeiger“ sagt, es müßte anerkannt werden, daß die Rede Erzbergers äußerst geschickt war und eine große Wirkung hatte. In der „Deutschen Tagesztg.“ heißt es: Die besten Stellen, vor allem der damalige Reichskanzler Michaelis, wie auch Herr von Kühlmann, werden jetzt in die Tat zu setzen so liegen, wie Herr Erzberger sie darstellte.

Der „Vorwärts“ begrüßt die Entlarvung der Alldeutschen und sagt: Hier liegt ein Fall vor, der unbedingt vor den zu schaffenden Staatsgerichtshof gehört.

Deutsche Note an die Entente.

Die Behandlung des deutschen Privatigentums.

WTB. Berlin, 25. Juli. Die deutsche Regierung hat gestern in Versailles eine Note folgenden Inhaltes übergeben lassen:

Unter den zahlreichen Deutschen, die sich vor dem Kriege in Ländern der alliierten und assoziierten Mächte aufhielten und aus Anlaß des Krieges nach Deutschland zurückgekehrt sind, ist eine besonders starke Zurückhaltung durch die jeweiligen Bestimmungen des Friedensvertrages hervorgerufen worden, die sich auf die Behandlung des deutschen Privatigentums beziehen. Die Deutschen haben ihre eigenen Bemerkungen an ihrem früheren Aufenthaltsorte veröffentlicht müssen und haben um die Befreiung, die auf Grund des Artikels 296 des Friedensvertrages auf diese Befreiung habe der Zwangsliquidation verfallen würde. Es besteht, damit nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch ihren Hausrat sowie ihres persönlichen Effektes zu verlieren.

Diese Bestimmungen erscheinen an sich selbstverständlich, da die Befreiung zur Liquidation, die sich die alliierten und assoziierten Regierungen in Artikel 297 vorbehalten haben, dem Wortlaut der Bestimmung nach, jede Art deutschen Eigentums umfaßt. Gleichwohl glaubt die deutsche Regierung annehmen zu sollen, daß der Bestimmung des Artikels 297 nicht die Absicht zugrunde liegt, ausgenommen jede Art deutschen Vermögens zum Verkauf zu bringen. In dem der deutschen Friedenskommission in Versailles übergebenen Memorandum vom 16. Juni wird als einziger Zweck der Liquidation der Vermögensgegenstände, aus dem Erbs eines Teil der Schadenersatzforderung gegen das Deutsche Reich zu werden. Es bedarf keines Beweises, daß ein Verkauf von gebrauchten Hausinventargegenständen, Familienvermögen, Kleidungs- und Wäschegegenständen, Handwerkszeug, wissenschaftliches Material oder ähnlichen Sachen zur Erreichung dieses Zweckes kaum in nennenswerter Weise beitragen könnte. Jedenfalls würde der von der alliierten und assoziierten Regierungen durch den Verkauf solcher Gegenstände erzielten Vorteile in keinem Verhältnis zu den Nachteilen stehen, den die betroffenen Auslandsdeutschen dadurch zu erleiden hätten. Dem dieser Nachteil wäre nur materielle Art, da es sich im wesentlichen um Gegenstände handelt, für die unter der gegenwärtigen Verhältnissen oft nur schwer ein Ersatz zu beschaffen sein würde, oder an denen die Eigentümer berechtigterweise nicht nur wegen des Vermögenswertes hängen. Durch ein vom Deutschen Reich eingeleitetes Selbstverständnis der Eigentümer deshalb eine ausbreitende Entschädigung nicht gewährt werden. Es kommt hinzu, daß die betroffenen Deutschen während des Krieges alle Mittel aufgebracht haben, um sich bei in

rebellosenden Besitz zu erhalten. Sie haben insbesondere fortlaufend die Miete und Steuern bezahlt, was für viele von ihnen, die infolge des Verlustes ihrer wirtschaftlichen Existenz in eine außerordentlich Lage geraten sind, kein unerhebliches Opfer bedeutete. Da diese Zahlungen mit ausdrücklicher Genehmigung der beteiligten fremden Regierungen erfolgt sind, konnten die Eigentümer mit Recht darauf rechnen, daß ihnen ihr Besitz nicht nach Beendigung des Krieges genommen werden würde.

Die deutsche Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß sich die alliierten und assoziierten Regierungen diesen Erwerbungen nicht verschließen werden und daß sie, wie die Liquidation des deutschen Privatigentums auch sonst immer geregelt werden mag, schon jetzt bereit sind, hinsichtlich der Gegenstände der bezeichneten Art die Befreiung mit Liquidationsmaßnahmen auszuführen. Eine solche Befreiung würde zahlreichen Personen aus minder bemittelten Kreisen die beruhigende Aussicht eröffnen, daß sie zum mindestens diejenigen Gegenstände, deren sie besonders dringende Bedürfnisse an denen sie besonders hängen, in naher Zeit zurückerhalten.

Ein Morgankredit für Deutschland.

WTB. Amsterdam, 26. Juli. „Der Volk“ erzählt aus zuverlässiger Quelle, daß in Amerika von dem Bankhaus Morgan ein großer Kredit für Deutschland abgefordert wird. Er wird mindestens einige Hundert Millionen Dollar, wahrscheinlich aber vielmehr betragen.

Polnisch-litauische Kämpfe.

Eine Niederlage der Litauer.

WTB. Gedlunnen, 26. Juli. (Privat-Telegramm.) Die Polen haben bei Jewje an der Bahn der Wilna-Kowno-Linie die Litauer angegriffen und zurückgeschlagen. Die Entente stellt greift zu Gunsten der Litauer ein.

Rücktritt des Wiener Staatssekretärs Bauer.

Wien, 25. Juli. Staatssekretär des Innern, Dr. Otto Bauer, hat demissioniert. In der heutigen Sitzung des Hauptauschusses teilte der Präsident Selig ein Schreiben mit, das ihm von dem Leiter des Staatsamtes des Reichs Dr. Bauer zugekommen sei und worin dieser unter ausführlicher Darlegung seiner Gründe auf seine Stellung verzichtet und erklärt, daß die künftige Politik des Kabinetts wie die nach der Selbstübernahme des Präsidenten mit dem Staatskanzler, dem Finanzminister und dem Staatssekretär Bauer sich ergeben hat auch nach der Meinung des Staatssekretärs Bauer objektiv und historisch zu sein scheint. Nur sei er, Bauer selbst, nicht der geeignete Mann hierzu. Die Angelegenheit ist nicht über die Verhandlungen mit dem Staatssekretär Dr. Klenner, betreffend die Nachfolge, und beantragte, der Nationalversammlung vorzuschlagen, es sei der Staatskanzler Klenner mit der Leitung des Staatsamtes des Innern zu betrauen. Präsident Selig gibt seinem Bedauern über den Rücktritt Bauers Ausdruck und dankt ihm für die jederzeit brühende Loyalität. Abg. Zinkhofer und die sozialistischen Mitglieder des Hauptauschusses schloßen sich den Ausführungen Bauers an.

Der Antrag Selig wird angenommen. Auf Ersuchen des Präsidenten Selig und des Staatsamtes schloß Jovan der scheidende Staatssekretär Dr. Bauer noch einen eingehenden Bericht über die Preisbedingungen und über die Informationen, die in der Selbstübernahme der deutsch-österreichischen Friedensdelegation in Saint Germain für die Antwortsätze gegeben worden sind.

Polnische Wählerarbeit.

Berlin, 26. Juli. Das Danziger Polenblatt gibt seit einiger Zeit eine in deutscher Sprache gehaltenen Beilage: „Zur Information unserer deutschen Mitbürger“ heraus. In der letzter erschienenen Nummer erörtert ein von der Redaktion seitgedruckter „Deutscher Katholik“ die „Litauen“ und verfaßt auf den verblüffend einfachen Gedanken, der von der Entente im preussisch-polnischen Konflikt geschaffenen Kleinstaaterei durch Unterstellung von ganz Dittreuben unter polnische Schutz abzuhelfen. Daran würden sich selbstverständlich die größten „Vorteile“ für Dittreuben ergeben. Ebenso wie Westpreußen würde auch Dittreuben sich eines eigenen Landtages und einer freiwirtschaftlichen Selbstverwaltung erfreuen und den Deutschen in Ost- und Westpreußen würde durch die Zugehörigkeit zu demselben polnischen Staatswesen das Rückgrat gestärkt. Das Wort von einer Abschnürung Dittreuben wäre „zur Sprache gekommen“. In wirtschaftlicher Hinsicht würde eine „geradezu glänzende Zukunft bevorstehen“; denn die polnische Regierung wird sich die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung anlegen sein lassen und nach Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse den künftigen Handel, Künftigen und Danziger durch „großartige Ausbau von Getreide, Zucker, Holz, Leder u. a. m. die vornehmsten Ausfuhrer eröffnen“. Dittreuben sei durch seine Lage exponiert, das hätte die Russen einmitle im Jahre 1914 bemerkt. Ein „stark gefestigtes polnisches Reich mit breitem Zutritt zur Ostsee“ würde gegen etwaige spätere moskowitzische und asiatische Expeditionen die verlässliche Gewähr bieten. Der „Deutsche Katholik“ muß ein ganz besonderes Deutschstum beklagen, sonst wüßte er, daß seine Ausführungen auf die deutschen Dittreuben, auch auf die katholischen Deutschen im ostpreussischen Ermland nicht den geringsten Eindruck machen werden. Niemand hat dazu die allgeringste Lust, sein Deutschstum preiszugeben und sich unter die polnische Regierung zu stellen. Immerhin verdient die Art und Weise zur allgemeinen Kenntnis zu gelangen, mit der sich Polen Stimmung zu machen versucht wird. Hoffentlich wird die Abstimmung in Ost- und Westpreußen die polnischen Erwartungen klagen strafen.

Einflussige Annahme des „Friedensvertrages“ durch England.

Das englische Oberhaus hat die Selbstentwürfe über den Friedensvertrag und den englisch-französischen Vertrag in allen drei Besungen einstimmig angenommen.

15 Jahre Zuchthaus für Reelrod.

München, 25. Juli. Das Landgericht in München verurteilt den aus Ausland gebürtigen Romanmünchener Reelrod zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Dr. Reelrod

hat, der frühere Präsident des Zentralrats der Arbeiter wurde zu einem Jahr sechs Monaten Festungshaft verurteilt.

Wegen des Streiks der Siemensarbeiter.

hat sich der Reichsminister als eine Verständigung bemüht, doch bisher ohne Erfolg. Man hofft das gegen, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, daß die Verhandlungen, die heute vorzeitig im Vorstehen zwischen den Vertretern der Arbeiterkraft und deren Leitung stattfinden, erfolgreich sein werden. Die Zahl der Ausständigen betrug gestern abend 30 000 Mann.

Die Telegraphenarbeiter des Berliner Bezirkes

haben sämtlich in den Ausstand getreten. Sie verlangen die Wiederannahme der abgesetzten Arbeiter, sowie Nachzahlung des Lohnes vom verlossenen Dienstage ab. Wenn gemeint wird, so sagt der „Voss. Ztg.“, daß, wenn der Streik tagelang dauert, der Berliner Fernspreerverkehr lahmgelegt würde, so ist dies ein Irrtum! Denn die Verwalter ist in der Lage, mit den vorhandenen Kräften den Fernspreerverkehr aufrechtzuerhalten.

Die Aalandinseln neutrales Gebiet.

Aus Paris wird gemeldet: Die Kommission für die Offengebiete beschloß, die Aalandinseln zu einem neutralen Gebiet „unter dem Schutze des Völkerbundes“ zu erklären.

Deutsches Reich.

Tätigkeit des Staatsaudschusses.

Weimar, 25. Juli. In der gestrigen Sitzung des Staatsaudschusses wurde dem von der Nationalversammlung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ergänzung der Paragraphen 223 bis 227 des Reichsgrundgesetzes, betreffend dem Entwurf einer Reichsgerichte- und Reichsgerichtspräsidenten-Verordnung, einer Verordnung betreffend Genehmigung des Aufbaus und der Einziehung der Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 20. September 1918 und eines Gesetzes zur Abänderung der Verordnung über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom 23. November 1918 zugestimmt.

Ausland.

Italiens neuer Vertreter.

Wie verschiedene italienische Blätter berichten, wäre zum italienischen Botschafter in Berlin der bisherige Generalkonsul im Ministerium des Ackerbaus Dr. Martino auszuwählen.

Karolyi verhaftet.

Wie sich die „Voss. Ztg.“ melden läßt, wurde in der Nacht auf gestern der frühere ungarische Ministerpräsident Karolyi nebst Frau und Begleitung nach Prag vorzeitig angeklagt worden und sächsische Militärpolizei ließ ihn an der Grenze verhaften. Es soll nunmehr untersucht werden, welchen Zweck der Graf mit seiner Prager Reise verbinden wollte.

Vermischtes.

Person des Mörders bekannt war. Sie traf ein und fundeten, daß der ihnen Vorgeführte auf keinen Fall mit dem Mörder identisch sei. Darauf wurde er ordnungsmäßig der Freiheit wiedergegeben. Weitere Klage führte er aber darüber, daß seine ihm in Altona abgenommene Barthaar von 20 Mark von den Aufzählern gestohlen ist.

Stoll im Juli. Aus Entschlüssen sind um gemeldet: Eigentliche Hundstaus sind dem Wittgenheller Ländchen beider in der letzten Nacht in sein Wohnhaus die Temperatur unter den Nullpunkt. An geschützten Stellen sind Bohren und Kartoffeln erfroren.

Kaltenordheim, 23. Juli. (Ein weiblicher Bürgermeister.) Zum Bürgermeister der Gemeinde Steinberg bei Kaltenordheim wurde Frau Gattwitz 57 Jahre alt einstimmig gewählt. Steinberg ist somit der erste Ort im weimarschen Lande, der sich als Gemeindeoberhaupt eine weibliche Person erwählt hat.

Für eine halbe Million Brillanten und Wertsachen erbeuteten Einbrecher bei dem Rentier Eugen Henges in der Linden-Allee 14 zu 3 u. e. in. Während dessen Abwesenheit brachen Einbrecher, nach der Art ihrer Arbeit gewöhnliche bei dem Geschäftsmann, in sein Wohnhaus ein und ertrabten das Geld. Sie raubten seinen gesamten Inhalt und verschwand mit der reiden Beute ungesehen. Unter den Schmuckstücken befinden sich u. a. ein Paar große Brillantohrringe mit hellgrauer Perle, die allein 20 000 Mark wert sind. Eine braune leberne Brieftasche enthielt 4000 Mark in Papiergeld, eine farbloseleberne einer Schek über 625 Mark und einen Hypothekenschein über 115 000 Mark an ein Haus in Neudorf. Auf die Wiederherbehaftung des gestohlenen Gutes sind 10 000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Soldaten aus deutschen Gefangenen in England. Das britische Luftfahrtministerium teilt nach „Politikern“ mit: Ein britisches Flugzeug führte auf dem Flugplatz Wiltshire ab und geriet in Brand. Der Flieger lag hilflos in dem brennenden Wrack fest und war in der größten Gefahr zu verbrennen; einer der auf dem Tisch beschäftigten deutschen Kriegsgefangenen, Infanterieregiment Strakmann vom 88. Reserve-Infanterieregiment, führte auf das Flugzeug zu und rettete den Flieger mit eigener Lebensgefahr. Es wurde beschloßen, Brudmann sofort freizugeben und ihm freie Reise nach seiner Heimat zu gewähren. Ferner wird er eine Geldsumme und eine silberne Uhr mit Handschrift als Anerkennung für seine tapfere und ritterliche Tat erhalten.

Salzwasserfisch. Nachdem in den vergangenen Jahren der Fisch in den Großstädten lediglich auf den Tischen der Reichen als Delikatessen prangen konnte, scheint es, als ob die kommende Salzwasserfisch eine ungewöhnlich gute Ernte vertriebe. Infolgedessen viele Haushalte machen sich in diesem Sommer in Feld und Wald bemerkbar. Diese erntefähige Tische wird auch von der „Staatsjäger-Setzung“ befristet. Man fragt sich unwillkürlich, wozu dieser plötzliche Salzwasserfisch kommen mag. Wichtig ist der Grund darin zu suchen, daß die Landwirte infolge der Verhältnisse kaum mehr als den vierten Teil des benötigten künstlichen Düngers beschaffen und zur Ausbreitung bringen konnten. Die diesbezügliche Düngemittelabgabe ist eine große Ueppigkeit.